

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 25.04.2023

„Aktivitäten von Klima-Aktivisten der Gruppe `Letzte Generation´ an Schulen der Stadtgemeinde Bremen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

1. Welche detaillierten Kenntnisse hat der Senat von bereits zurückliegenden oder aktuell geplanten Veranstaltungsformaten oder Vorträgen durch bzw. unter aktiver Teilnahme von Vertretern der Aktivistengruppe „Letzte Generation“ an Schulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen?
2. Wie steht der Senat dem erklärten Ansinnen der Aktivistengruppe „Letzte Generation“ gegenüber, gezielt im schulischen Umfeld für ihre Ziele sowie um neue Mitglieder werben zu wollen und inwiefern erhalten besagte Aktivisten dafür folglich Zugang zu hiesigen Schulen bzw. schulischen Veranstaltungen?
3. Inwiefern bewertet der Senat die mitunter grenzüberschreitenden Aktionen der Gruppe „Letzte Generation“ als positive Beispiele für politischen Aktivismus?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Dem Senat liegen keine konkreten Informationen darüber vor, dass die Aktionsgruppe „Letzte Generation“ aktiv an Schulen in der Stadt Bremen herangetreten ist, um für ihre Ziele sowie um Mitglieder zu werben.

Zu Frage 2:

Die Schule ist nach Auffassung des Senats grundsätzlich kein Rekrutierungsfeld politischer Organisationen oder Initiativen. Gleichwohl gehört es unzweifelhaft zu den wichtigen Aufgaben der Schulen, sich mit gesellschaftspolitischen Vorgängen auseinanderzusetzen – gerade auch dann, wenn sie tagesaktuell sind und einen breiten Raum in der medialen Berichterstattung einnehmen.

Zu Frage 2:

Der Senat bewertet die politische Zielsetzung verschiedener zivilgesellschaftlicher Initiativen für mehr Klimaschutz grundsätzlich positiv. Die Klimakrise braucht gesamtgesellschaftliche Lösungen und die finden und erstreiten wir nur gemeinsam und nicht, indem wir Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen. Hinsichtlich konkreter Aktionen ist der Senat der Ansicht, dass diese innerhalb des bestehenden rechtlichen Rahmens stattfinden müssen.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Bei der Beantwortung haben sich keine genderspezifischen Auswirkungen ergeben.

E. Beteiligung / Abstimmung

Eine Beteiligung anderer Ressort ist nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden. Es handelt sich dabei um eine Antwort an die Bremische Bürgerschaft.

Datenschutzrechtliche Belange sind nicht betroffen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 25.4.2023 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zu.